



GEW unterstützt Digitaloffensive Weiterbildung

// Mit weiteren Organisationen wie dem Weiterbildungstag und dem Deutschen Volkshochschul-Verband unterstützt die GEW die Digitaloffensive Weiterbildung des Bundesverbands der Träger beruflicher Bildung. //

Die Offensive versteht sich als Vorschlag und Diskussionsgrundlage, die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Transformation der Arbeitswelt erfolgreich zu bewältigen. Ausgangspunkt der Überlegungen ist der digitale Wandel mit seinen Auswirkungen bis hin zur Veränderung der Berufsbilder; die Corona-Pandemie habe die Schwachstellen des deutschen Bildungssystems ins öffentliche Bewusstsein gerückt, das Bildungssystem manifestiere oft soziale Ungleichheiten, so die „Digitaloffensive“. In der Arbeitsmarktpolitik erweise sich ein Vorrang der Vermittlung gegenüber einer nachhaltigen berufsabschlussbezogenen Weiterbildung als problematisch. Demgegenüber müsse der Staat als zentraler Akteur langfristig wirkende Rahmenbedingungen, beispielsweise mit einem Bundesrahmengesetz Weiterbildung, setzen. Ein Ziel der Digitaloffensive Weiterbildung ist die Schaffung eines Rechtsanspruches auf berufliche Weiterbildung. Allen Beschäftigten sei ein Zugang zu beruflicher Weiterbildung zu

gewährleisten. Um die Herausforderungen der Digitalisierung für die künftigen Arbeitsmarktprozesse bewältigen zu können, müssen alle Beteiligte – Politik, Gewerkschaften, Wirtschaft, Gesellschaft und die Träger von Weiterbildung – an einem Strang ziehen, so die Digitaloffensive Weiterbildung.

Rat der Arbeitswelt – „Impulse für eine Nachhaltige Arbeitswelt zwischen Pandemie und Wandel

Der im Januar 2020 vom Bundesminister für Arbeit und Soziales als unabhängiges Gremium berufene [Rat der Arbeitswelt](#) soll Orientierung zum Wandel in der Arbeitswelt vermitteln. Er spricht Empfehlungen aus, wie Unternehmen, Beschäftigte und Politik die künftige Arbeitswelt gestalten können. In einem jährlich zu veröffentlichenden Arbeitswelt-Bericht sollen ausgewählte Entwicklungen der Arbeitswelt vermittelt und eingeordnet werden. Mitte Mai hat der Rat der Arbeitswelt den ersten Arbeitswelt-Bericht mit dem Titel [„Vielfältige Ressourcen stärken – Zukunft gestalten. Impulse für eine nachhaltige Arbeitswelt zwischen Pandemie und Wandel“](#) vorgelegt. Darin sprechen sich die Sachverständigen u.a. für eine bessere Organisation der sozialen Absicherung der

(Solo-)Selbstständigen (Zugang zu einer freiwilligen Arbeitslosenversicherung) und eine Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit aus. Während der Bericht einen Schwerpunkt auf die Verbesserung der Lage in den Pflegeberufen legt, bleibt die Lage der vollzeitschulischen Berufe im Erziehungs- und Sozialwesen durch deren wachsendem Stellenwert ausgeklammert. Vielmehr wird die berufliche Erstausbildung mit der dualen Ausbildung als bewährt betrachtet. Der Rat empfiehlt eine Gesamtevaluation der Maßnahmen im Übergangssystem und spricht sich gegen eine Akademisierung klassischer Ausbildungsberufe aus, vielmehr sollte die betriebliche Ausbildung eine höhere Wertschätzung erfahren. Die Ausbildungs- und Beschäftigungsbedingungen für beruflich qualifizierte sollten ebenso wie die Rahmenbedingungen in den beruflichen Schulen und den überbetrieblichen Bildungsstätten verbessert werden.

Der Rat spricht sich für eine Stärkung des lebenslangen Lernens aus und fordert mehr Transparenz und Qualität im Weiterbildungssystem. Forschungsbedarf erkennt er u.a. in der Frage, mit welchem längerfristigen Weiterbildungsbedarf die Prozesse der Digitalisierung und Dekarbonisierung verbunden sind. Er spricht sich dafür aus, die präventive Arbeitsmarktpolitik auszubauen, Arbeitslosen wie Beschäftigten mehr Möglichkeiten zu einer Neu- und Weiterqualifizierung zu eröffnen und entsprechende Beratungs- und Begleitungsangebote zu schaffen. Das BAföG solle zu einem individuellen Förderinstrument von Bildung und Weiterbildung im Lebensverlauf ausgebaut werden, so der Rat der Weiterbildung.

Berliner Erklärung zur Bildung für nachhaltige Entwicklung angenommen

Mitte Mai haben die UNESCO und das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) eine viel beachtete digitale Weltkonferenz „Learn for Our Planet. Act for Sustainability“ organisiert, an deren Ende die „Berliner Erklärung zur Bildung für nachhaltige Entwicklung“ angenommen wurde.

Die Konferenz stellt den Auftakt der neuen Dekade zur Verankerung der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in allen Bildungsbereichen bis zum Jahr 2030 dar. BNE ist Teil der Sustainable Development Goals (SDGs) und in deren Katalog im Unterziel 4.7 festgehalten.

Die am Ende des Kongresses angenommene, richtungweisende [Berliner Erklärung zur Bildung für nachhaltige Entwicklung](#) verpflichtet private Akteure und den Staat zur Förderung von BNE in allen Bildungsbereichen und zeichnet sich durch den Schritt von der Erkenntnis zum Handeln aus.

Umsetzungsbericht der Nationalen Weiterbildungsstrategie

Am 08. Juni 2021 wird der Umsetzungsbericht der Nationalen Weiterbildungsstrategie (NWS) veröffentlicht. Hinsichtlich der Finanzierung von Weiterbildung konnte einiges erreicht werden, wie z.B. der Rechtsanspruch auf Förderung einer beruflichen Nachqualifizierung und der Ausbau des Aufstiegs-BAföG. Die GEW hat von Anfang an in der Nationalen Weiterbildungsstrategie mitgewirkt und sie auch [kritisch](#) begleitet.

Die Sozialpartner haben bereits Interesse an einer Weiterführung der NWS angedeutet. Daher wird die NWS auch in Zukunft eine große Bedeutung für die Arbeit der GEW einnehmen. Deswegen wird sie mit **der Herbstakademie am 25./26. September 2021** der NWS eine eigene Veranstaltung widmen.

Wir werden im Zuge der Herbstakademie die Ergebnisse der NWS sowohl aus wissenschaftlicher als auch aus gewerkschaftlicher Sicht beleuchten. In verschiedenen Fachforen zur Grundbildung, Beratung, Politischer Bildung und Integration werden wir uns mit Expert:innen u.a. über unsere Forderungen und Arbeitsaufträge, die sich mit dem Abschluss der NWS ergeben, austauschen. Wir werden Schlussfolgerungen für die Professionalisierung des Weiterbildungspersonals ziehen. Wir freuen uns auf Beiträge u.a. von Prof. Dr. Sabine Schmidt-Lauff (Helmut-Schmidt-Universität Hamburg) und Prof. Dr. Dieter Nittel (FernUniversität Hagen), Prof. Dr. Ada Pellert (FernUniversität Hagen) sowie Maike Finnern (GEW NRW) und Elke Hannack (DGB).

Die Anmeldemodalitäten der voraussichtlich hybrid stattfindenden Veranstaltung werden wir voraussichtlich im Juli 2021 im Infoblatt und auf unserer Website bekannt geben.